

Kuntze, Oscar-Erich

Article

Belgien: Weitere Konsolidierung der Staatsfinanzen

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Kuntze, Oscar-Erich (2001) : Belgien: Weitere Konsolidierung der Staatsfinanzen, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 54, Iss. 03, pp. 52-59

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/163588>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

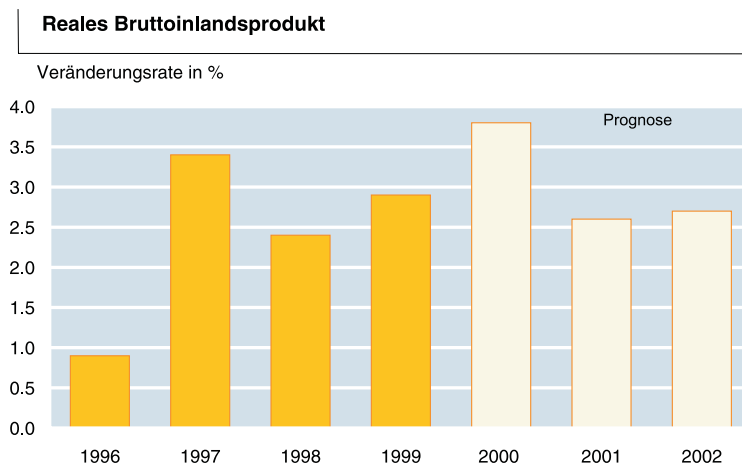
If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Sehr kräftiger Konjunkturaufschwung 2000. Spürbar verlangsamtes Wirtschaftswachstum 2001. Neuerliche konjunkturelle Erholung 2002. Wirtschaftspolitik wirkt heuer neutral und 2002 leicht expansiv. Finanzpolitik bleibt auf Konsolidierungskurs. Neuer Sozialpakt 2001/2002. Inflationäre Tendenzen klingen allmählich ab. Fortgesetzte Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt. Nach wie vor hohe Überschüsse der Leistungsbilanz. Summary in English.

Bemerkenswerte Entwicklungen im politischen und sozialen Umfeld des Jahres 2000 waren das insgesamt erfolgreiche Wirken der »Regenbogen-Koalition«, die weitere politische Isolierung des rechtsgerichteten Vlaams Blok sowie der Abschluss eines neuen Sozialkontrakts 2001/2002. Heuer dürfte die belgische EU-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr das herausragende Ereignis sein.

Die aus den Parlamentswahlen vom Juni 1999 hervorgegangene Bundesregierung aus Liberalen, Grünen und Sozialisten beider Landesteile, geführt von dem Liberalen Verhofstadt und mit einer komfortablen Mehrheit (94 der 150 Mandate) in der Nationalversammlung ausgestattet, hat sich erheblich besser gehalten, als beim Start der ungleichen Partner allgemein erwartet worden war. Meinungsumfragen attestieren ihr einen deutlichen Rückhalt bei der Bevölkerung beider Landesteile, wozu allerdings die günstige Konjunktur-entwicklung wesentlich beigetragen hat. Ferner sorgten verstärkte arbeitsmarktpolitische Akzente sowie Steuererleichter-

ungen für Sympathien. Und schließlich wurde die – je nach Zählweise – vierte oder fünfte Etappe der Staatsreform seit 1970 sehr geschickt mit einem alle zufriedenstellenden und durchaus nicht »faulen« Kompromiss gemeistert. Dieser ist in ein Bündel von, im Oktober 2000 verabschiedeten, Maßnahmen integriert worden: Sukzessive Steuerentlastung vorwiegend für Geringverdiener bis 2006, generelle Verringerung der Wochenarbeitszeit von 39 auf 38 Stunden bis Anfang 2003, beschleunigter Ausbau des öffentlichen Verkehrswesens, Beibehaltung des interregionalen Finanzausgleichs bei größerer steuerlicher Gestaltungsfreiheit der Regionen, denen außerdem vom Zentralstaat zusätzlich gesetzliche und verwaltungsmäßige Zuständigkeiten für ihre Provinzen und Kommunen sowie für die Entwicklungshilfe übertragen worden ist; die belgischen Regionen besaßen zuvor schon erheblich mehr Kompetenzen als etwa deutsche oder österreichische Bundesländer. Damit kann nicht nur die Koalition fortgesetzt, sondern auch der »Sprachenstreit« auf kleiner Flamme gehalten werden.



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

Die Regierungskoalition dürfte damit und mit dem zwischen ihr und den Sozialpartnern vereinbarten Sozialpakt 2001/2002 die größten Zerreißproben dieser Legislaturperiode bestanden haben. Bis zu den Parlamentswahlen Mitte 2003 wurde eine solide Basis für die weitere Regierungsarbeit geschaffen. Dies umso mehr, als der nationalistische Vlaams Blok trotz weiterer Erfolge bei den Kommunalwahlen im Oktober 2000 in Flandern (wo ca. 60% der belgischen Bevölkerung leben) politisch isoliert bleibt. Alle anderen wichtigen Parteien haben in einer gemeinsam unterzeichneten »Charter voor de Democratie« jegliche Zusammenarbeit mit diesen auf sämtlichen Ebenen ausgeschlossen.

Über diese, die politische Zukunft Belgiens auf mittlere Sicht günstig und berechenbar erscheinenden Aspekte sind verschiedene, nach wie vor ungeklärte Punkte (Dioxin-Skandal, Kinderschänder Dutroux, Bande von Nivelles, Mord an Ex-Minister Cools etc.) ebenso in den Hintergrund getreten, wie die kaum geschmälerte Grundlage des traditionellen »Compromis à la belge«, also der das ganze Land überziehende dichte und intransparente Filz aus Interessengruppen und Parteienstaat, wobei letzterer schon in der Zwischenkriegszeit Anlass zur Klage gegeben hatte. Der seit Jahren von allen Parteien gelobte Nachdruck bei der Beseitigung von Missständen droht weiter im Sande zu verlaufen.

Auch die wenig rühmliche, innenpolitisch motivierte Rolle der Regierung im Zusammenhang mit der von den EU-Regierungen im vorigen Jahr über Österreich verhängten »Quarantäne« scheint das Publikum kaum noch zu interessieren, obwohl damit die über Jahrzehnte gepflogene Maxime der Nichteinmischung in die Angelegenheiten der europäischen Partner verletzt worden war.

Die administrativen Ressourcen werden **2001** durch die **belgische EU-Ratspräsidentschaft** während des zweiten Semesters sowie durch den Vorsitz in der Euro-Gruppe während des gesamten Jahres stark beansprucht. Doch ist nicht damit zu rechnen, dass hierüber interne Erfordernisse in einem Maße zu kurz kommen, wie das etwa in Portugal während seiner EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2000 der Fall gewesen ist.

Das gilt insbesondere für die **Wirtschaftspolitik**. Die Fortsetzung ihres bisherigen, auf die Konsolidierung der Staatsfinanzen und die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Belgiens abzielenden Kurses ist gesichert. Die damit gegebene weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft im Allgemeinen und den Arbeitsmarkt im Besonderen wirken positiv auch auf die Konjunktur. Doch wird deren Verlauf wegen des äußerst hohen Exportanteils am Bruttoinlandsprodukt wesentlich vom Verlauf der Konjunktur in Westeuropa und in Übersee bestimmt.

Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2000

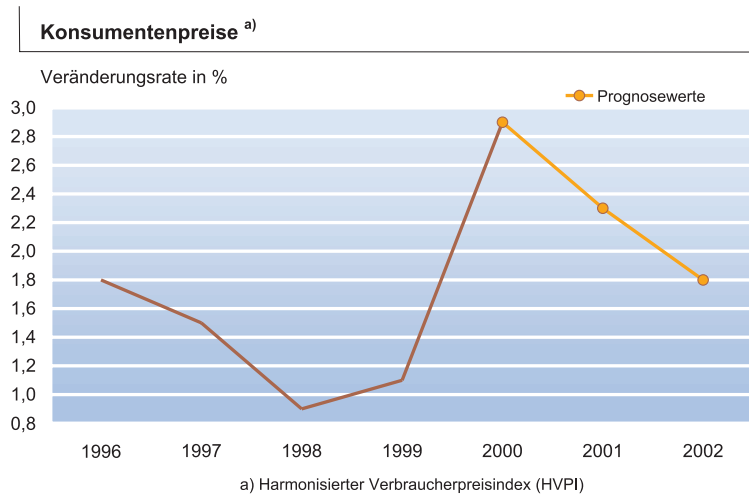
Die **weltwirtschaftlichen Rahmendaten** stellten sich wie folgt dar: In den **USA** stieg das reale Bruttoinlandsprodukt um rund 5%. In **Japan** erhöhten sich Nachfrage und Produktion um ca. 1½%. In **Mitteleuropa** expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um ungefähr 3¾%. In **Westeuropa** nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um fast 3½% zu; in der EU und im Euro-Raum stieg es in ungefähr dem gleichen Maße und in Deutschland um 3,1%. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** betrug in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt 28,3 US-Dollar pro Barrel; gegenüber 1999 entspricht das einer Erhöhung um 56,4%. **Industrierohstoffe** (ohne Öl)

verteuerten sich gegenüber 1999 auf Dollar-Basis um rund 7½%. Der **Wechselkurs des Euro** betrug im Schnitt des Jahres 0,92 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** expandierte in einer Größenordnung von 12½%.

In **Belgien** setzte sich der wirtschaftliche Aufschwung im Sog der guten Weltkonjunktur während des ersten Halbjahrs sehr lebhaft fort. Dabei hat auch die Wirtschaftspolitik stützend gewirkt. Wie in den meisten anderen westeuropäischen Ländern auch, wurde der konjunkturelle Höhepunkt im Sommer überschritten. Anschließend verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum etwas. Die mit Abstand stärksten Impulse gingen vom Export aus. Aber auch die Inlandsnachfrage expandierte deutlich dynamischer als im Jahr zuvor. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte um gut 3¾% gestiegen sein. Zuletzt war Ende der achtziger Jahre eine derart kräftige Expansion verzeichnet worden. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt besserte sich weiter. Der zunächst kräftige, weitestgehend extern bedingte Preisauftrieb verlangsamte sich gegen Ende des Jahres. Die öffentlichen Haushalte waren erstmals seit den fünfziger Jahren annähernd ausgeglichen. Die Leistungsbilanz verzeichnete neuerlich einen hohen Überschuss.

Der **Export** von Gütern und Dienstleistungen, auf den rund 80% des BIP entfallen, entwickelte sich im Sog der günstigen Weltkonjunktur und angeregt durch die lebhaften Ausfuhraktivitäten der vielen exportorientierten Tochterunternehmen internationaler Großkonzerne sehr dynamisch. Da er zu gut drei Viertel auf Europa ausgerichtet ist, profitierte er von der lebhaften Nachfragentwicklung in den USA und in Südostasien sowie vom hohen Dollarkurs vergleichsweise weniger als etwa deutsche Exporteure. Die Ausfuhr dürfte um ungefähr 10% zugenommen haben. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit konnte bei Produkten der verarbeitenden Industrie im westeuropäischen Vergleich weiter verbessert werden. Für zahlreiche Sparten des Dienstleistungssektors dürfte gleiches gelten. Auch die Zuwachsrate des **Imports** dürfte sich gegenüber 1999 etwa verdoppelt haben, wesentlich bedingt durch den Ausfuhrboom. Das Aktivum der ab Mitte der achtziger Jahre tendenziell steigende Überschüsse aufweisenden **Leistungsbilanz** könnte auf etwas 3¾% des BIP gestiegen sein, obwohl sich die Terms of Trade spürbar verschlechtert haben.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** wurden um reichlich 4½% ausgeweitet. Damit setzte sich der Investitionsaufschwung in der Grundtendenz fort, und zwar auf breiter Front. Wenn die Expansion gegenüber 1999 nur etwa unverändert ausfiel, so ist dies mit den hohen Aufwendungen zur Bewältigung des »Y2K-bug-problem« zu erklären. Die Ausrüstungsinvestitionen wurden stimuliert von den günstigen Absatz- und Ertragsersparungen, immer noch recht niedrigen Finanzierungskosten sowie durch die um 4½% Prozentpunkte über dem Durchschnitt der neunziger Jahre



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

gestiegene Auslastung der Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie. Wohnungsbau und industriell-gewerblicher Bau haben demgegenüber deutlich schwächer zugenommen. Das gilt nach dem Boom (Kommunalwahlen 2000!) besonders für den öffentlichen Bau.

Der **private Konsum** expandierte – lebhafter als 1999 – um 2¹/₂%, obwohl die Sparquote nur geringfügig zurück gegangen ist. Anregend wirkte die weiter spürbar zunehmende Beschäftigung, die etwas rascher steigenden Reallöhne und Vermögenseinkommen, die Haushalte mit hoher marginaler Konsumquote begünstigenden Einkommensteuersenkungen sowie das zyklische Hoch beim Pkw-Absatz (Automobilshow Brüssel). Der **öffentliche Verbrauch** ist mit rund 1% nur etwa halb so schnell ausgeweitet worden, wie noch im Sommer angenommen.

Auf dem **Arbeitsmarkt** setzte sich die zügige Besserung fort. Neben konjunkturellen Einflüssen spielten auch staatliche Maßnahmen zur Senkung der Lohnnebenkosten sowie Beschäftigungsprogramme (u.a. »Rosetta«, »Smet«) eine Rolle. Die Beschäftigung nahm im Jahresdurchschnitt um 1¹/₄% zu, während die Arbeitslosenquote im Jahresmittel auf 8,5% sank.

Der energiepreis- und wechselkursbedingte kräftige Teuerungsschub kam erst im Herbst zum Stillstand. Im Jahresdurchschnitt erhöhten sich die **Konsumentenpreise** um knapp 3%, also wesentlich stärker als im westeuropäischen Mittel. Ein Prozentpunkt hiervon entfällt jedoch auf den Übergang zu Jahresbeginn.

Wirtschaftspolitik

Nachdem die Wirtschaftspolitik der Konjunktur im Jahre 2000 spürbare Impulse gegeben hatte, wird sie im laufen-

den Jahr insgesamt neutral wirken, oder – wie 2002 – nur leichte Anstöße geben. Mit fortschreitender Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar und dem Yen wird die internationale preisliche Wettbewerbsfähigkeit weniger günstig.

Die **Finanzpolitik** könnte leicht expansiv sein und dies vermutlich noch über das laufende Jahr hinaus. Hierauf lassen die Voranschläge der öffentlichen Haushalte 2001 sowie die mittelfristige Finanzplanung schließen. Die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen kommt gleichwohl weiter deutlich voran, wenn auch nicht so schnell, wie es angesichts der immer noch sehr hohen Staatsverschuldung nötig wäre: Im vergangenen Jahr konnte das Finanzierungsdefizit der

öffentlichen Hand von 0,7% des BIP im Jahre 1999 weiter auf annähernd Null zurückgeführt und die Staatsverschuldung in Relation zum BIP entsprechend von knapp 116% auf etwa 110¹/₂% verringert werden; 1992 hatte die Quote mit 135,2% ihren Höchststand erreicht. Der Konsolidierungsfortschritt wird ferner dadurch unterstrichen, dass Ende 1996, als im Vorfeld der Dritten Stufe der Europäischen Währungsunion (EWU), für das Jahr 2000 im dem der EU-Kommission vorgelegten Konvergenzprogramm eine Schuldenquote von 120¹/₂% genannt worden und die Konsolidierungsfortschritte der letzten Jahre größer als etwa in Frankreich und in Deutschland gewesen waren. Sparsamkeit auf der Ausgabenseite, erheblich gesunkene Zinsen, konjunkturbedingt kräftig gestiegene Steuereinnahmen sowie Privatisierungserlöse machten den Erfolg möglich. Dabei hat sich das finanzpolitische Muster seit 1998 völlig umgekehrt. Nach der früheren Dominanz von Steuer- und Abgabenerhöhungen wird – mit vorsichtigem Beginn 1999 – die Abgabenlast stetig reduziert. Im April 2000 sind die Lohnnebenkosten auf diese Weise um durchschnittlich 32 000 BFR (793 Euro) pro Arbeitskraft verringert, der Mehrwertsteuersatz für arbeitsintensive Dienstleistungen von 21% auf 6% gesenkt und die seit 1992 ausgesetzte Indexierung der Einkommensteuer mit der Inflationsrate wieder eingeführt worden. Das Ziel war in allen Fällen die Förderung der Beschäftigung. Das galt auch für die Ausgabenseite. Die Ausgaben zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und für die jahrzehntelang vernachlässigten öffentlichen Investitionen wurden erheblich ausgeweitet.

Der **Staatshaushalt 2001** weist in die gleiche Richtung. Basierend auf der, vermutlich etwas zu optimistischen, Annahme eines Wirtschaftswachstums von 3,1% sind bei einem Ausgabenanstieg von 2,1% zudem die Ansätze für das Gesundheitswesen, die Verkehrsinfrastruktur und die Informationstechnologie überdurchschnittlich heraufgesetzt worden. Auf die Schaffung von durchschnittlich rund 50 000

neuen Arbeitsplätzen pro Jahr, aber auch auf moderate Lohn-erhöhungen stellt die bis 2006 terminierte laufende Steuer-reform mit einem Entlastungsvolumen von insgesamt 3,3 Mrd. Euro ab. Besonders begünstigt werden die Bezie-her niedriger Einkommen, Familien und ältere Menschen. Auf absehbare Zeit liegt die Steuer- und Abgabenquote aber immer noch über dem EU-Durchschnitt. 2001 könnten die öffentlichen Haushalte erstmals seit ca. fünf Jahrzehnten wieder einen, wenn auch recht geringen Finanzierungs-überschuss erzielen. Die Schuldenquote will man heuer auf knapp 106% und im Jahre 2005 auf 88,7% des BIP drücken. Dies wird erleichtert durch Erträge von 1 bis 1,5 Mrd. Euro aus der im März geplanten Versteigerung von UMTS-Lizen-zen, die überwiegend zur Schuldentilgung und zum kleineren Teil für einen »Fonds d'Argent« als Reserve für die ab 2010 abzusehenden Mehraufwendungen für Pensionszah-lungen verwendet werden. Der Finanzausgleich zwischen dem wohlhabenderen Flandern und Wallonien wird zwar nicht angetastet. Aber die nunmehr gegebenen Möglich-keiten der Regionalregierungen, Zu- oder Abschläge zur Ein-kommensteuer festzulegen, werden das regionale Ungleich-gewicht noch verstärken. Denn Flandern kann sich Steuer-abschläge zur Steigerung seines gegenüber Wallonien ohnehin beträchtlichen Standortvorteils leisten, während der frankophone Süden mit Steuerzuschlägen (vor allem zur Ver-besserung des Schulwesens) weiter an Attraktivität verliert.

Die **Geldpolitik** der Europäischen Zentralbank (**EZB**) stell-te vom Herbst 1999 bis zum Oktober 2000 auf sukzessi-ve monetäre Straffungen ab. Ihr Hauptrefinanzierungssatz stieg von 2,5 auf 4,75%. Schon kurz darauf entspannte sich die Lage auf dem Geldmarkt wieder. So musste für Dreimonatsgeld zuletzt nur noch 4,8% gezahlt werden, nach reichlich 5,1% Anfang November 2000. Kurzfristige Finanzierungen bleiben damit – egal, ob man die Taylor-Regel, den langfristigen Durchschnitt oder den Realzins

zum Maßstab nimmt – immer noch günstig. Auch die Ren-diten langlaufender Staatsanleihen sind während des vier-ten Quartals 2000 wieder gesunken und lagen zuletzt sogar unter dem Niveau der Referenzperiode 1999. Dies weist darauf hin, dass die EZB aufkommende Inflationserwar-tungen dämpfen konnte. Das Anziehen der geldpolitischen Zügel bewirkte zudem einen verlangsamten Anstieg der Geldmenge M3. Diese lag im Dezember 2000 um 4,9% und damit immer noch spürbar über dem als jahresdurch-schnittlichen Referenzwert vorgegebenen 4,5%; im Jah-resdurchschnitt hat die Zunahme 2000 wie schon 1999 5,6% betragen. Liquidität ist also nach wie vor reichlich vor-handen, selbst wenn sich die Geldmengenexpansion wei-ter der Zielgröße nähert.

Zum Drehen an der Zinsschraube sah sich die **EZB** durch die deutlich über der Ausweitung des Produktionspotentials liegende gesamtwirtschaftliche Expansion, die konjunkt-uelle Überhitzung in einigen Ländern des Euro-Raumes sowie durch den ölpreis- und wechsellkursbedingten Teuerung-schub bewogen. Die Abschwächung nicht nur der Welt-konjunktur, sondern auch des Wirtschaftswachstums in Westeuropa, die gesunkenen Ölpreise und der zuletzt deut-lich verlangsamte Preisauftrieb lassen nicht erwarten, dass die EZB ihren Schlüsselzins weiter anheben wird. Auch hat sich der Euro, nach ausgeprägter Abwertung gegenüber dem US-Dollar, dem Yen und dem Pfund Sterling ab Anfang 1999, seit Ende Oktober 2000 deutlich aufgewertet. Die ein-drucksvolle Wende der Kursentwicklung war zunächst durch multilaterale Interventionen an den Devisenmärkten (anschlie-ßend jedoch allein seitens der EZB), zunehmend aber von den ungünstigen Unternehmens- und Konjunkturmeldun-gen aus den USA sowie aus Japan ausgelöst worden. In die gleiche Richtung wirkten auch die beiden Leitzinssenkun-gen in den USA um insgesamt einen Prozentpunkt auf 5,5% Anfang 2001.

Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten

– in % –

	1999	2000 ^{a)} EU ^{d)}	2001 ^{a)}				2002 ^{a)}	
			IRES ^{b)}	BFP ^{c)}	EU ^{d)}	OECD ^{e)}	EU ^{d)}	OECD ^{e)}
Bruttoinlandsprodukt	2,7	3,9	2,7	3,2	3,3	3,1	3,2	2,9
Inlandsnachfrage	2,1	3,0	2,7	2,6	2,7	2,2	2,8	2,2
Privater Verbrauch	1,9	2,5	2,9	2,8	2,4	2,4	2,4	2,2
Staatsverbrauch	3,4	1,1	1,7	1,7	1,5	1,4	1,5	1,4
Bruttoanlageinvestitionen	4,8	4,6	2,2	2,9	4,5	2,5	4,5	2,7
Exporte ^{f)}	5,2	9,4	5,8	8,0	8,2	9,2	7,5	7,7
Importe ^{f)}	4,5	8,6	5,7	7,5	7,8	8,5	7,3	7,2
Industrieproduktion	0,9	2,5	3,0	n.a.	n.a.	3,0	n.a.	2,7
Konsumentenpreise	1,1	3,0	1,5	1,9	2,0	1,9	1,5	1,6
Arbeitslosenquote	9,1	8,6	9,3	8,1	8,0	7,9	7,4	7,6
Leistungsbilanz (Saldo) ^{g)}	3,4	3,5	4,6	4,6	3,8	5,1	4,5	6,0
Finanzierungssaldo des Staates ^{g)}	-0,7	0,0	0,4	n.a.	0,7	0,3	0,8	0,7

^{a)} Schätzungen. – ^{b)} Institut de Recherches Economiques et Sociales, Louvain-la-Neuve, vom Dezember 2000. – ^{c)} Bureau Federal du Plan, Brüssel, vom November 2000. – ^{d)} Kommission der EU, Brüssel, vom November 2000. – ^{e)} Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris, vom November 2000. – ^{f)} Güter und Dienstleistungen. – ^{g)} In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

Trotz dieser Lockerung und bei gegenüber 2000 unverändertem Geldmengenziel dürfte die EZB ihren **Leitzins** zumindest so lange unverändert lassen bis erkennbar ist, dass die konjunkturellen Spannungen im Euro-Raum (vor allem aber in den besonders lebhaft expandierenden Volkswirtschaften) deutlich schwächer werden, die Preise verhalten steigen, nennenswerte Zweitrundeneffekte des zurückliegenden Teuerungsschubs bei den Löhnen ausbleiben, und sich der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar weiter erhöht oder zumindest tendenziell stabil bleibt. Dieser Zeitpunkt wird kaum vor dem Sommerhalbjahr 2001 eintreten. Bis dahin dürfte die Zentralbank der USA ihren Schlüsselsatz weiter zurück genommen haben. Sollte sich zudem die Konjunktur in den USA noch längere Zeit schwach entwickeln und die Weltwirtschaft merklich an Schwung verlieren, könnte die EZB ihren Leitzins dann ebenfalls herabsetzen. Die schon jetzt sehr flache Zinsstruktur im Euro-Raum würde einen solchen Schritt rechtfertigen. Da monetäre Kursänderungen mit Verzögerung wirken, sind Impulse für die westeuropäische Konjunktur kaum vor Mitte 2002 zu erwarten.

Die EZB hatte sich seit 1999 nicht nur **Geldmengenziele** vorgegeben, sondern auch ein **Inflationsziel** festgelegt; mittelfristig soll der Harmonisierte Verbraucherpreisindex HVPI um weniger als 2% p.a. steigen. Ende 2000 ergänzte sie diese Vorgaben um **Inflations- und Wachstumsprojektionen für den Euro-Raum**, von denen verschiedentlich befürchtet wird, sie könnten die Geldmengenorientierung aufweichen oder gar ablösen. Für 2001 wurde für den Preisanstieg eine Marge von 1,8% bis 2,8% (für 2002 von 1,3% bis 2,5%) unterstellt; dem unteren Bereich dürfte die Preisentwicklung nicht vor Mitte des Jahres nahe kommen. Das Wirtschaftswachstum wird sich heuer vermutlich auf eine nicht weit vom unteren Rand der hierfür projektierten Spanne von 2,6% bis 3,6% (2,5% bis 3,5% im Jahre 2002) liegende Rate abschwächen. Dies spräche ebenfalls für eine Zinssenkung im laufenden Jahr.

Die **Einkommenspolitik** orientiert sich weiter an der Lohnentwicklung in den großen angrenzenden kontinentalen Volkswirtschaften. Nachdem die seit 1994 äußerst restriktive einkommenspolitische Linie ab 1997 allmählich gelockert worden war, haben Sozialpartner und Regierung 2000 wieder einen zweijährigen bis Ende 2002 terminierten **Sozialpakt (Accord Interprofessionnel 2001–2002)** vereinbart. Die Kernpunkte sind: Der Lohnkostenanstieg bleibt während beider Jahre insgesamt grundsätzlich auf gerade noch mäßig zu nennende 6,4% pro Stunde begrenzt; für die Jahre 1999/2000 waren insgesamt 5,9% vereinbart worden. In Sektoren mit besonders großen Produktivitätsfortschritten dürfen sie sich stärker, keinesfalls aber um mehr als 7% erhöhen. Für jene 5% der Beschäftigten, die jetzt noch 39 Wochenstunden arbeiten, wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich auf die

üblichen 38 Stunden bis Anfang 2003 beschlossen. Weitere wichtige Punkte betreffen die Bekämpfung der Jugend Arbeitslosigkeit, die Gleichstellung weiblicher Arbeitnehmer sowie die Altersteilzeit. Das Abkommen wurde in dieser Form ermöglicht durch die Einkommensteuersenkungen im Zuge der Steuerreform 2001/2006. Steuerentlastende Finanzpolitik und auf moderate Lohnsteigerungen abzielende Einkommenspolitik stehen also hier wie in zahlreichen anderen europäischen Ländern in einem sehr engen Zusammenhang.

Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2001

Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden angenommen: In den **Vereinigten Staaten** erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um knapp 1³/₄%. Die gesamtwirtschaftliche Erzeugung expandiert in **Japan** um etwa 1%. In **Mittel-europa** nehmen Nachfrage und Produktion um knapp 3¹/₂% zu. In **Westeuropa** wird das reale Bruttoinlandsprodukt um ca. 2¹/₂% ausgeweitet; für EU und Euro-Raum sind etwa gleiche Raten zu erwarten, während die Veränderung für Deutschland bei knapp 2¹/₂% liegt. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Schnitt des Jahres bei 25,5 US-Dollar pro Barrel. Die Preise für **Industrierohstoffe** (ohne Öl) sinken auf Dollar-Basis unter das Niveau des Jahres 2000. Der **Wechselkurs des Euro** bewegt sich im Laufe des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 0,90 bis 1 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** steigt in einer Größenordnung von 7%.

In **Belgien** setzt sich die im Herbst 2000 begonnene konjunkturelle Abschwächung zunächst fort; hierauf deuten auch die jüngsten Indikatoren für das Wirtschaftsklima (namentlich die Ergebnisse der Unternehmensbefragungen in verarbeitender Industrie und Bauwirtschaft) hin. Denn von der Weltwirtschaft kommen schwächere Impulse für die Konjunktur, und der Euro wertet sich gegenüber dem US-Dollar weiter auf. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte um fast 2³/₄% zunehmen, wobei das Wirtschaftswachstum stärker als bisher von der Inlandsnachfrage getragen wird. Die stark vor- und zwischenproduktlastige Ausfuhr verliert bis weit in das Jahr hinein infolge des abwärts weisenden internationalen Lagerzyklus erheblich an Schwung. Mitbedingt durch beschäftigungspolitische Maßnahmen bessert sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter. Der Preisauftrieb wird moderat sein. Die öffentlichen Haushalte dürften einen geringen, die Leistungsbilanz wiederum einen hohen Überschuss ausweisen.

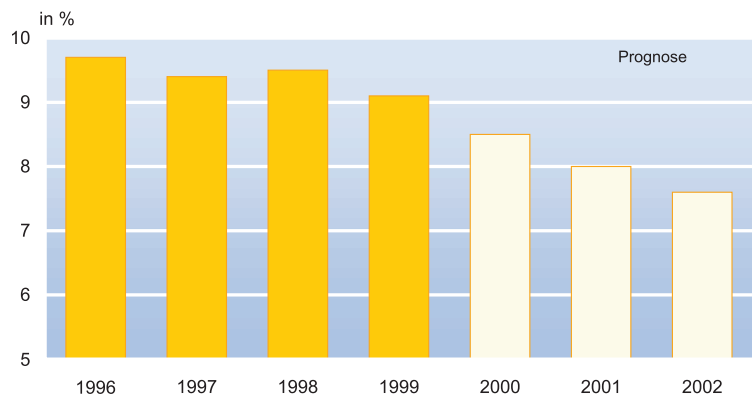
Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen (rund + 6¹/₂%) bleibt zwar die dynamischste Nachfragekomponente. Im Verlauf steht hinter dieser Zuwachsrates jedoch eine erhebliche Verlangsamung der Expansion. Auslöser ist vor allem die Abschwächung des Lagerzyklus im Ausland, der die bel-

gische Ausfuhr wie immer besonders tangiert, da Vor- und Zwischenprodukte hieran nach wie vor einen im westeuropäischen Vergleich überdurchschnittlich hohen Anteil aufweisen. Hinzu addieren sich die Wirkungen des kräftigen konjunkturellen Abschwungs in den USA sowie in Südostasien. Vom Tief des weltweiten Automobilabsatzes wird zudem die umfängliche Ausfuhr von Pkw in Mitleidenschaft gezogen. Und schließlich verringert die weitere Aufwertung des Euro gegenüber US-Dollar und Pfund Sterling die gute preisliche Wettbewerbsfähigkeit; diese bleibt jedoch immer noch günstig. Andererseits erweist sich jetzt die im westeuropäischen Vergleich weit überdurchschnittliche Exportorientierung auf die europäischen Handelspartner im Allgemeinen und auf den Euro-Raum im Besonderen als vorteilhaft. Denn in West- und Mitteleuropa dürfte die Konjunktur weniger an Dynamik verlieren als in Drittländern. Der **Import** erhöht sich in annähernd gleichem Tempo wie die Ausfuhr. Bei verbesserten Terms of Trade wird die **Leistungsbilanz** vermutlich mit einem Überschuss in der Größenordnung von 4% des BIP abschließen.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** dürften mit etwa 3¹/₄% deutlich langsamer als in den Vorjahren expandieren. Wesentliche Ursache hierfür ist der Abschwung der Baukonjunktur. Dem während der Jahre 1999 und 2000 durch die Kommunalwahlen im Herbst 2000 ausgelösten Boom im öffentlichen Bau wird wohl eine Stagnation folgen. Im Wohnungsbau signalisieren Baugenehmigungen und Baubeginne einen Rückgang, ausgelöst durch die im Vorjahr gestiegenen Finanzierungskosten und das reichliche Angebot. Demgegenüber bleibt die Aufwärtsentwicklung der Unternehmensinvestitionen robust und verliert nur wenig an Dynamik. Die immer noch recht hohe Auslastung der Kapazitäten macht Erweiterungsinvestitionen, der schärfer werdende internationale Wettbewerb erhebliche Rationalisierungsinvestitionen erforderlich. Zudem bleiben die Absatz- und Ertragsersparungen optimistisch.

Der **private Konsum** nimmt mit ca. 2¹/₂% etwa im Tempo des Vorjahres zu. Hierauf deutet auch das anhaltend gute, auf der Basis von Verbraucherumfragen erhobene Konsumklima hin. Die realen verfügbaren Einkommen steigen allerdings stärker. Denn die Beschäftigung nimmt in wenig verändertem Ausmaß zu, und die Reallöhne erhöhen sich etwas rascher. Die Einkommensteuer wird gesenkt (schwerpunktmäßig für Einkommensbezieher mit hoher marginaler Konsumquote), und die Sozialleistungen werden aufgestockt – beides zusammen im Ausmaß von fast 1¹/₂% des BIP. Aber die im Vorjahr zum Ausgleich der teuerungsbedingten Kaufkraftverluste um etwa 1¹/₂ Prozentpunkt verringerte Spar-

Arbeitslosenquote



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

quote steigt wieder. Der schwächere Absatz bei Personenkraftwagen und Wohnungseinrichtungen wird durch verstärkte Käufe anderer langlebiger Güter weitgehend kompensiert. Der **öffentliche Verbrauch** nimmt um ca. 1¹/₂% zu.

Auf dem **Arbeitsmarkt** verbessert sich die Lage weiter. Die Beschäftigung nimmt, gefördert durch beschäftigungspolitische Maßnahmen, mit etwa 1¹/₄% nur wenig verlangsamt zu, wobei der strukturelle Anstieg der weiblichen Erwerbsbeteiligung anhält. Die Zunahme der Erwerbsquote – auf 59¹/₂% nach 57,4% im Jahre 1998 – setzt sich ebenso fort wie vielfach der Mangel an qualifiziertem Personal. Im Jahresdurchschnitt dürfte die Arbeitslosenquote auf etwa 8% sinken.

Gesunkene Erdöl- und Rohstoffpreise, die inflationsdämpfende Wirkung der Euro-Aufwertung sowie schärferer Wettbewerb und weitere deutliche Produktivitätsfortschritte bewirken eine sukzessive Verlangsamung des Preisauftriebs. In der jüngsten Entwicklung der Erzeugerpreise ist eine derartige Tendenz bereits angelegt. Die **Konsumentenpreise** dürften im Schnitt des Jahres um ungefähr 2¹/₄% steigen.

Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2002

Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden angenommen: In den **USA** steigt das reale Bruttoinlandsprodukt um ca. 2³/₄%. Nachfrage und Produktion nehmen in **Japan** um annähernd 1¹/₂% zu. In **Mitteleuropa** expandiert die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um rund 3¹/₂%. In **Westeuropa**, in der EU und im Euro-Raum erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt neuerlich um ungefähr 2¹/₂%; in Deutschland dürfte es um gut 2¹/₄% ausgeweitet werden. Der Preis für **Rohöl** beträgt im Jahresdurchschnitt reichlich 25 US-Dollar pro Barrel. Die Preise für **Industrierohstoffe** (ohne Öl) liegen leicht über dem Niveau von 2001. Der **Wechselkurs**

des Euro liegt im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 0,95 bis 1,05 US-Dollar. Das Volumen des **Welt-handels** expandiert um ungefähr 7¹/₂%.

In **Belgien** gewinnt die Konjunktur im Verlauf wieder an Dynamik, stimuliert vor allem vom günstigeren weltwirtschaftlichen Umfeld, sowie – in geringerem Maße – von der Geldpolitik. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte um gut 2¹/₂% zunehmen, vor allem getragen von der lebhafteren Ausfuhr. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird nochmals besser. Der Preisauftrieb bleibt moderat. Die öffentlichen Haushalte und die Leistungsbilanz weisen weiterhin Überschüsse aus.

Am kräftigsten expandiert weiterhin die **Ausfuhr** (ca. + 7¹/₄%) von Gütern und Dienstleistungen. Hinter dieser Veränderungsrate steht die Annahme eines niedrigen Überhangs zu Jahresbeginn und einer kräftigen Beschleunigung im Verlauf des Jahres, obwohl die weitere Aufwertung des Euro gegenüber US-Dollar und Pfund Sterling etwas bremst. Stimulierend wirkt die weltwirtschaftliche Erholung, ausgelöst durch einen neuen Konjunkturaufschwung in den USA und in Südostasien. Aber auch die Lieferungen nach Westeuropa, dem weitaus wichtigsten Absatzmarkt, gewinnen deutlich an Schwung. Wie stets zu Beginn einer internationalen Konjunkturerholung wirkt sich die vor- und zwischenproduktlastige Exportstruktur günstig aus. Es werden auch wieder mehr Pkw exportiert, da das zyklische Absatztieftief in Westeuropa und in Übersee überwunden wird. Da die **Einfuhr** erneut etwas langsamer steigt als die Ausfuhr und sich die Terms of Trade nochmals verbessern, dürfte die **Leistungsbilanz** einen auf ungefähr 4¹/₂% des BIP gestiegenen Überschuss ausweisen.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** nehmen mit rund 3³/₄% im Verlauf wieder lebhafter zu. Wesentliche Ursache ist die günstigere Baukonjunktur. Die öffentlichen Investitionen normalisieren sich weitgehend nach der vorjährigen Stagnation, der industriell-gewerbliche Bau wird im Zuge der günstigeren Konjunkturentwicklung deutlich ausgeweitet, und der Wohnungsbau tendiert aufwärts, u.a. angeregt durch niedrigere Zinsen. Verbesserte Absatz- und Ertragsersparungen, gut ausgelastete Kapazitäten, günstigere Finanzierungsmöglichkeiten und der Zwang zur forcierter Rationalisierung lassen die Ausrüstungsinvestitionen lebhaft steigen.

Der **private Konsum** (etwa + 2¹/₂%) bleibt ungefähr im Rhythmus der Vorjahre aufwärts gerichtet, obwohl die Sparquote sich noch etwas erhöhen dürfte. Stützend wirken wiederum die spürbar erhöhten Reallöhne, die zunehmende Beschäftigung sowie weitere Steuersenkungen. Die bessere Wohnbaukonjunktur stimuliert den Absatz von Wohnungseinrichtungen. Auch Pkw werden lebhafter nachgefragt, wie üblicherweise in geraden Jahren, da dann der Brüsseler Automobilsalon stattfindet. Der **öffentliche Verbrauch** nimmt wieder in einer Größenordnung von 1¹/₂% zu.

Die seit Mitte der neunziger Jahre zu beobachtende Besserung auf dem **Arbeitsmarkt** setzt sich fort. Allerdings bleibt das erhebliche Nord-Süd-Gefälle bestehen. Der Mangel an qualifizierten Kräften bleibt vielfach erheblich. Die Beschäftigung nimmt im Zuge des neuerlichen Aufschwungs wieder etwas rascher zu, was aber auch auf beschäftigungspolitische Maßnahmen und die Erhöhung des Rentenalters für Frauen zurück zu führen ist. Die Erwerbsquote steigt weiter auf gut 60% im Jahresdurchschnitt, bleibt im westeuropäischen Vergleich aber immer noch niedrig. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresmittel auf ungefähr 7¹/₂% sinken.

Der Preisauftrieb dürfte moderat sein. Dank weiterhin hoher Produktivitätsfortschritte steigen die Lohnstückkosten nur langsam, und die Importpreise wirken weiter dämpfend. Auch wird der Wettbewerb nach wie vor lebhaft sein. Die **Konsumentenpreise** dürften um gut 1³/₄% steigen.

Summary

In 2000 the Belgian economy experienced a market upswing, propelled primarily by very favourable world economic conditions and also by economic policies. The upswing has lost however some momentum since its peak in the summer semester mainly due to weakening external demand and the oil price hike. Real GDP grew by somewhat more than 3³/₄%, with the unemployment rate dropping to 8¹/₂% on average but higher inflationary pressures mainly due to external reasons (CPI + ca. 3%). The surplus of the current balance rose further to almost 4% of GDP. For the first time in about five decades government budgets were nearly balanced.

Economic policy is expected to be almost neutral in 2001 but might stimulate the economy somewhat in 2002. Despite a long-term tax relief programme, consolidation of public households is making further headway. They are likely to show surpluses from 2001 onwards and public debt might drop to ca. 106% of GDP in 2001. The revaluation of the euro against the US Dollar is likely to continue, albeit at a very moderate pace. Stabilisation-oriented incomes policy, which played a decisive role for the consolidation of the economy in general and public accounts in particular, will be continued since a new social contract (Accord Interprofessionnel 2001–2002) was agreed upon in 2000.

In 2001 economic slowdown will continue well into the year mainly due to the less favourable world economic situation and the revaluation of the euro against the US dollar. The upswing of exports will lose momentum, but exports remain the most dynamic component on the demand side. Gross fixed capital formation may be characterised by a marked slowdown of construction activities while investment in machinery and equipment will grow again significantly.

Growth of private consumption will remain robust due to higher real wages, rising employment and income tax cuts. Real GDP can be expected to grow by about 2¹/₂%, bringing the unemployment rate down to ca. 8% on average. Consumer prices might rise by about 2¹/₄% above the level of the year 2000. The current account surplus will rise further.

In 2002 economic growth is likely to gain momentum in the course of the year due to clearly improving world economic conditions and – to a far lesser extent – economic policies. Despite the further revaluation of the euro against the US dollar, exports will gain momentum in the course of the year as well as gross fixed capital formation on a broadening basis. Private consumption and public consumption can be expected to stay their course as in the years before. Real GDP might grow by slightly more than 2¹/₂%, bringing down the unemployment rate to ca. 7¹/₂% on average. The consumer price index might exceed the level of 2001 by slightly more than 1³/₄% partly due to stabilising effects from import prices.

Abgeschlossen am 9. Februar 2001